

Gabbards Ausweichmanöver zu Snowden schüren Zweifel an ihrer Bestätigung

Gabbard weigert sich, Edward Snowdens Handlungen als Verrat zu klassifizieren, was ihre Bestätigungschancen als Leiterin der nationalen Intelligenz gefährdet. Fragen zur Überwachung bleiben zentral.

Im Jahr 2020 brachte die damalige demokratische Kongressabgeordnete **Tulsi Gabbard** ein Gesetz ein, das die Bundesregierung aufforderte, alle Anklagen gegen Edward Snowden fallen zu lassen. Snowden, ein Unterauftragnehmer der National Security Agency (NSA), hatte 2013 die Existenz der massenhaften Erfassung von Telefonaufzeichnungen amerikanischer Bürger durch die NSA aufgedeckt, bevor er nach Russland floh.

Gabbards Schwierigkeiten während der Anhörung

Am Donnerstag weigerte sich Gabbard, trotz wiederholter Fragen von republikanischen und demokratischen Abgeordneten des Senate Intelligence Committee, Stellung zu nehmen, ob sie Snowdens Handlungen inzwischen als verräterisch betrachtet. Ihre **ausweichenden Antworten** während ihrer Nominierungsanhörung zur Direktion für nationale Intelligenz unter Präsident Donald Trump könnten ihre bereits prekäre Position weiter gefährdet haben.

Die Debatte um Verrat und Reformerfordernisse

„War er ein Verräter, als er Amerikas Geheimnisse nahm, sie öffentlich machte und dann nach China flüchtete und russischer Staatsbürger wurde?“, fragte der republikanische Senator James Lankford. Gabbard antwortete hingegen: „Ich konzentriere mich auf die Zukunft und darauf, wie wir verhindern können, dass so etwas erneut geschieht.“ Sie skizzierte Reformen, die sie umsetzen möchte, um künftige Leaks wie die von Snowden zu verhindern, darunter auch die Sensibilisierung aller Mitarbeiter für die verfügbaren rechtlichen Kanäle für Whistleblower.

In ähnlichen Momenten wiederholte sie fast wortgleich: „Edward Snowden hat das Gesetz gebrochen. Aber er hat auch Informationen veröffentlicht, die schwerwiegende, illegale und verfassungswidrige Programme aufdeckten, die in unserer Regierung stattfinden und zu ernsthaften Reformen geführt haben.“ Selbst bei mehrmaligem Drängen eines sichtlich verärgerten demokratischen Senators Michael Bennet weigerte sich Gabbard, eine klare Antwort zu geben.

Die Herausforderung der Überwachungsdebatte

Die Ansichten von Gabbard zur Überwachung und zu Snowden hatten bereits Besorgnis unter den Republikanern im Komitee ausgelöst, da sie sich keinen einzigen GOP-Stimmenverlust erlauben kann, um im Gesamt-Senat voranzukommen. Die republikanische Senatorin Susan Collins, die als potenziell unentschlossen gilt, gab nach der Anhörung an, dass sie noch nicht entschieden habe, ob sie Gabbard unterstützen würde. „Ich möchte eine sorgfältige Entscheidung treffen“, so die Senatorin aus Maine.

Gabbard wurde zudem von dem demokratischen stellvertretenden Vorsitzenden, Senator Mark Warner, über ihre anscheinend geänderte Haltung zur Section 702 des Foreign Intelligence Surveillance Act unter Druck gesetzt. Dieses Gesetz wird von den meisten Mitgliedern des Komitees als wichtiges Überwachungsinstrument zum Schutz der USA angesehen.

Während ihrer Zeit im Kongress hatte Gabbard jedoch für die vollständige Aufhebung des Gesetzes plädiert, signalisiert nun aber ihre Unterstützung dafür.

Kritik an Gabbards Positionen

Gabbard stellte fest, dass seit ihrer Zeit im Kongress Reformen am Gesetz vorgenommen wurden, die sie zu ihrer Unterstützung führten. Als Warner fragte: „Welche Reformen?“, verwies sie auf verschiedene Änderungen. Warner erinnerte sie daran, dass sie nach der Verabschiedung der Reformen in einem Podcast geäußert hatte, dass diese das Gesetz „verschlechtert“ hätten. Der republikanische Senator John Cornyn stellte Gabbard öffentlich zur Rede und hinterfragte ihr grundlegendes Verständnis der Section 702, wobei einige Senatoren anmerkten, sie könnte diese mit einem anderen Teil von FISA verwechselt haben.

Die Verteidigung gegen kontroverse Vorwürfe

Gabbard wurde auch zu umstritteneren Themen befragt, einschließlich ihrer Annahme von russischer Propaganda und ihrer Begegnung mit dem syrischen Präsidenten Bashar al-Assad. Sie wies die Kritik zurück, dass ihr Treffen mit Assad Fragen zu ihrem Urteilsvermögen aufwarf. In ihrer bemerkenswert parteiischen Eröffnungsrede kritisierte Gabbard „politische Gegner“ und „demokratische Senatoren“, die ihrer Meinung nach anti-hinduistische Vorurteile gegen sie geschürt hatten und sie als „Marionette“ von Trump und Russland darstellten.

Sie warnte: „Was meine politischen Gegner wirklich beunruhigt, ist, dass ich mich weigere, ihre Marionette zu sein.“ Gabbard betonte, dass die Amerikaner über ihre Loyalität und Liebe zu ihrem Land in die Irre geführt werden könnten und verglich ihre Situation mit der von Präsident Trump, der mit einem klaren

Mandat zur Veränderung gewählt wurde.

Warners Fragen bezüglich Gabbards Aussagen zur NATO und zu chemischen Waffen in Syrien führten zu weiteren Bedenken hinsichtlich ihrer Qualifikationen, das Vertrauen zu gewinnen, das nötig ist, um Sensibilitäten in Bezug auf Informationen für die nationale Sicherheit zu berücksichtigen.

Insgesamt hat Gabbard die Unterstützung des Komiteevorsitzenden, Senator Tom Cotton, erhalten, der auf ihren militärischen Dienst und die durchweg positiven FBI-Hintergrundüberprüfungen hinwies.

Details

Quellen

• edition.cnn.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at